

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 382/2015
Kiel, Dienstag, 3. November 2015

Innen/Flüchtlingspolitik

Christopher Vogt: CDU-Vorschlag für Pflichtjahr für Jugendliche ist Ausdruck von Hilflosigkeit

Zum Vorschlag führender CDU-Politiker, zur Bewältigung der Flüchtlingskrise ein Pflichtjahr für Jugendliche einzuführen, erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und jugendpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Es werden derzeit ja leider viele unsinnige Vorschläge zur Bewältigung der Flüchtlingskrise unterbreitet, aber dieser Vorstoß der CDU schießt nun wirklich den Vogel ab. Es lässt unangenehm tief blicken, wenn prominente CDU-Politiker junge Menschen als Verfügungsmasse des Staates betrachten und sie als billige Arbeitskräfte zwangsrekrutieren wollen. Die Forderung nach einem Zwangsdienst ist einfach nur dreist und daneben. Der Staat hat vielmehr die Aufgabe, die junge Generation durch gute Ausbildung bestmöglich auf den zunehmenden globalen Wettbewerb vorzubereiten. Nur dann wird die große Mehrheit der jungen Menschen später die Möglichkeit haben, auch noch im Alter in Wohlstand leben zu können.

Ein derartiger Eingriff in die Grundrechte der jungen Menschen wäre in keinsten Weise gerechtfertigt. Die junge Generation kann nichts dafür, dass die CDU-geführte Bundesregierung in der Flüchtlingskrise derart hilflos agiert und die staatlichen Institutionen und freiwilligen Helfer mittlerweile an Grenzen stoßen. Der Bund sollte zur besseren Bewältigung der Flüchtlingsströme endlich die Kommunen finanziell besser unterstützen und mehr Plätze für den Bundesfreiwilligendienst bereitstellen. Das wäre erheblich zielführender.“